Marburger Echo

Stadtzeitung der DKP Marburg-Biedenkopf

Ausgabe 3/4_2018

Jobwunder?

Beschäftigungsverhältnisse in der BRD

Lokales

Sozialen Wohnraum in West-Marburg schaffen!

Imperialismus

Deutschland und der Hindukusch

Editorial

Liebe Leser und Leserinnen,

immer weitreichendere Einschränkungen unserer Freiheiten sind in diesem Land so sicher wie das Amen in der Kirche. Jüngst reiht sich das sogenannte ‚PAG' in die Liste der zweifelhaften Maßnahmen zur Gewährleistung unseres angeblich allen anderen Rechten überlegenden „Supergrundrechts Sicherheit" (Innenminister a.D. Friedrich) ein. Dieses ‚Polizeiaufgabengesetz' wurde im Mai in Bayern verabschiedet. Es erweitert die Befugnisse der Polizei enorm. U.a. dürfen zukünftig ‚Gefährder' (nur Söder selbst weiß wer genau das sein soll) bereits bei nicht näher definierter ‚drohender Gefahr' bis zu drei Monate präventiv verhaftet werden. Erst dann entscheidet ein Richter. Jüngstes Opfer dieses PAG ist Claudio K. aus Nürnberg: Gewerkschafter, Betriebsrat, Kommunist. Er wurde nach Protesten gegen die AfD unter fadenscheinigen Gründen verhaftet. In einem langen Verhör ohne Anwalt und unter Drohungen, er würde seinen Job und das Umgangsrecht mit seinem Sohn verlieren, versuchte die Polizei Informationen über seine politische Arbeit zu erpressen. Claudio K. schwieg. Es wurde wegen ‚schwerer Körperverletzung' Anklage erhoben. Nun wird er, unter Anwendung des neuen PAG, auf Schritt und Tritt observiert, regelmäßig verhaftet und darf sein Kind nicht mehr sehen. Der Fall Claudio K. zeigt, was das neue PAG für jeden bedeutet, der sich in diesem Land gegen Ausbeutung und Rassismus engagiert. Andere Länder haben die Überarbeitung ihrer Polizeigesetze nach bayrischem Vorbild bereits angekündigt. Was das für uns bedeutet? Nach Brecht: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Michael Henkes,
Vorsitzender DKP Marburg-Biedenkopf

Inhalt

Thema	Seite
Links blicken! - Kommentar zur hessischen Landtagswahl	3–4
Statt sogenannter Reformen: Verwirklichung der Verfassungsgrundsätze!	5–6
Schon Wilhelm II. und Hitler wollten Deutschland am Hindukusch verteidigen	7–8
Sozial ist was Arbeit schafft? - Beschäftigung in Deutschland	9–10
Ja zu Wohnraum in Marburgs Westen!	11–12
„Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen!“ - ein Buchprojekt der SDAJ	13
Buchempfehlung: „Unruhe um einen Friedfertigen“	14

Links blicken! – Kommentar zur hessischen Landtagswahl

Wie das Kaninchen auf die Schlange, so starren alle auf die bayerische Landtagswahl am 14. Oktober. Was werden sie bringen – für Söder, für Seehofer, Merkel, Deutschland, die Menschheit?

Der Hesse (und die Hessin) als solche(r) kümmert sich nicht darum, sondern – nach bayerischem Vorbild – nur um sich selbst. Und da ihm (und ihr) das Hemd näher ist als der Rock vom 14.10., kümmert er (sie) sich ums Hemd. Das hängt am 28. Oktober. Denn da ist Landtagswahl in Hessen.

Einiges wird man vorhersagen können: Auch der nächste Ministerpräsident heißt Volker Bouffier. Allerdings wird die CDU – ebenso wie die SPD – von der AfD gerupft werden. Zu Schwarz-Grün dürfte es nicht mehr reichen. Bouffier wird das egal sein, denn zusammen mit der FDP kann es klappen: Jamaika in Hessen.

Denkbar ist auch eine Große Koalition.

Beide Verbindungen verdecken das inhaltlich Naheliegende, aber Verfrühte: eine Regierung aus AfD, CDU und FDP.

Das passt. Die AfD ist Fleisch vom Fleisch der hessischen CDU. Diese hat ihr Alexander Gauland und Martin Hohmann gespendet. Zusammen mit der FDP könnten AfD und CDU in Hessen jenen Rechtsblock schmieden, von dem einst das ehemalige NSDAP-Mitglied Alfred Dregger geträumt haben mag.

Das geht aber noch nicht, unter anderem wegen der deutschen Exporte. Also müssen Zwischenlösungen gesucht werden.

Jede Partei, die bereit ist, mit der

CDU zu koalieren, wird ihr den Weg zur künftigen Rechtsregierung erleichtern.

Zum Teil werden SPD, Grüne und FDP das anders sehen. Die Ausrede lautet dann: Indem sie mit Bouffier koalieren, halten sie ihn von der AfD fern. Die Kenia-Regierung (CDU, SPD, Grüne) in Sachsen-Anhalt scheint das zu bestätigen: Seit sie im Amt ist (2016), stieg die CDU in den Umfragen von 29,8 Prozent auf 35, die SPD von 10,6 auf 16, die Grünen sanken nur leicht von 5,2 auf 5,0, die AfD aber stürzte von 24,3 auf 15 ab.

Wer in Hessen dieses – scheinbare oder tatsächliche – Erfolgsrezept anwenden wollte, sieht sich vor der Frage: „Wen wählen?“

AfD und CDU scheiden aus. In puncto Migrant(inn)en-Feindlichkeit unterscheidet sich die FDP nicht wesentlich von ihnen. Die Grünen haben sich seit 2013 unlösbar mit der CDU verbunden. Seit dem Konflikt Dagmar Metzger/Andrea Ypsilanti 2008/2009 weiß man nicht mehr, ob in der SPD drin ist, was drauf steht. Beide kandidieren zwar nicht mehr, aber es hat sich nichts gebessert.

So bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder überhaupt nicht oder die Partei „Die Linke“ wählen. Letztlich führt kein Weg um die zweite Variante herum.

Schiede die Partei „Die Linke“ aus dem Landtag aus, fielen ihre Mandate an die anderen, durchaus schädlichen Parteien. Seit dem Überfall auf einen DGB-Ordner in Hanau ist die Auseinandersetzung in Hessen polarisiert. Rechtsaußen steht die AfD. Wer sich gegen sie wendet, muss die Liste wählen, die zumindest formal auf dem radikal entgegengesetzten Flügel des Parteienspektrums steht. 2016 haben die Wähler(innen) in Berlin schon den richtigen Instinkt bewiesen. Obwohl die Linkspartei nach der von ihr betriebenen Privatisierung von Wohnraum sozial- und wirtschaftspolitisch nicht mehr wählbar war, sind Menschen, die ihr 2011 deshalb den Rücken zugewandt haben, bei der Stimmgabe fürs Abgeordnetenhaus wieder zu ihr zurückgekehrt, um ein Zeichen gegen die AfD zu setzen. Um am Beispiel Sachsen-Anhalt zu bleiben; In den Umfragen hat seit 2016 nicht nur die Kenia-Koalition zugelegt, sondern auch Die Partei „Die Linke“: von 16,3 auf 20 Prozent. Es wird also wohl links geblinkt werden müssen.

Georg Fülberth

MARXISTISCHE BLÄTTER
seit 1963
www.marxistische-blaetter.de

Statt sogenannter Reformen: Verwirklichung der Verfassungsgrundsätze!

Bei der Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober wird auch über Änderungen der hessischen Verfassung abgestimmt. Unter anderem geht es darum, die seit 1946 in der Verfassung enthaltene Todesstrafe zu streichen, die durch das später in Kraft getretene Grundgesetz bereits abgeschafft ist.

Zu befürchten war, dass die 2010 eingesetzte Enquetekommission unter dem Deckmantel der „Modernisierung" der Hessischen Verfassung kapitalismuskritische und pro-sozialistische Teile der Verfassung streichen würde. Dazu ist es nicht gekommen, was als Erfolg gewertet werden kann. Weiterhin wachsam bleiben ist aber unbedingt vonnöten.

Die meisten geplanten Änderungen haben für die BürgerInnen praktisch keine Auswirkungen. So kann es als sinnvoll ansehen werden, dass etwa Kinderrechte aufgenommen werden. Was ist aber die gesellschaftliche Realität? Das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche liegt in Hessen bei 21%, Tendenz steigend. Das heißt jedes fünfte Kind ist ausgegrenzt, mangelernährt und perspektivlos. Es drängt sich der Verdacht auf, dass mit der demokratischen Mitwirkung bei den Verfassungsänderungen von der Tatsache ablenkt werden soll, dass die Wähler zwar ihr Kreuz machen können, aber rein gar nichts zu entscheiden haben.

Die neuen beabsichtigten Staatsziele, in die viele Menschen Hoffnungen setzen könnten, werden nicht einklagbar sein: Es sind also bloß leere Worthülsen, dass der ehrenamtliche Einsatz für das Gemeinwohl oder der Sport „den Schutz und die Förderung des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände genießen" sollen. Der vorangestellte „Staatszielbegriff" stellt die Realisierung der Ziele unter „den Vorbehalt der Leistungsfähigkeit". Klar ist: Es soll keinen Anspruch darauf geben, dass Geld in die Hand genommen werden muss, um sie umzusetzen.

Verfassung schützen!

Der Text der hessischen Verfassung ist in vielerlei Hinsicht radikal und von der Erfahrung des Faschismus geprägt. Sie trat am 1. Dezember 1946 in Kraft. Zugestimmt haben dem Text seinerzeit die SPD, die CDU und die KPD. Die LDP, die spätere FDP, votierte dagegen. So wurden in die Verfassung

eine Reihe sozialer und politischer Rechte für die Menschen in Hessen festgeschrieben. Immerhin vertrat sogar die CDU damals die Position, dass das kapitalistische System den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei (Ahlener Programm der CDU von 1947). In Artikel 69 ist formuliert: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig." Tatsächlich werden aber in Kassel Panzer hergestellt, die zum Beispiel in die Türkei exportiert und in Afrin gegen die Kurden eingesetzt wurden. Beim Hessentag wiederholt sich alljährlich das „Werben fürs Sterben" der Bundeswehr.

Heute wissen wir, dass von den fortschrittlichen Inhalten dieser Hessischen Verfassung recht wenig umgesetzt wurde. Mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 und dem Grundsatz ´Bundesrecht bricht Landesrecht` konnten die von CDU und anderen nicht mehr gewollten fortschrittlichen Inhalte bequem ausgehebelt werden.

Heute gilt es mehr denn je, sich der demokratischen Wurzeln unserer Hessischen Verfassung zu erinnern, nicht um vergangenen Zeiten nachzuweinen, sondern um sich mit aller Macht dagegen zu wehren, dass zukünftig weitere „Reformen" unserer Verfassung in Angriff genommen werden.

Artikel 33

Das Arbeitsentgelt muß der Leistung entsprechen und zum Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten ausreichen. Die Frau und der Jugendliche haben für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung Anspruch auf gleichen Lohn. Das Arbeitsentgelt für die in die Arbeitszeit fallenden Feiertage wird weiter gezahlt.

Artikel 38

Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen (…)

Herwig Selzer

Schon Wilhelm II. und Hitler wollten Deutschland am Hindukusch verteidigen

Teil 1: Die verteidigung am Hindukusch der erste Akt

Damit Deutschland zu einer Großmacht werden konnte – das erklärte Ziel der herrschenden Klasse – war es erforderlich, das britische Imperium zu Fall zu bringen. Dessen Bastion Indien, das auf dem Landweg nur durch afghanisches Territorium zu erreichen war. Aus diesem Grunde wurde Afghanistan integraler Bestandteil der militärischen Strategie Deutschlands am Vorabend des Ersten Weltkrieges. „Kaum minder aussichtsreich und gar nicht mehr so entfernt wie man glaubt", so urteilten damals deutsche Strategen, „ist die Zukunft unserer Beziehungen mit Afghanistan. Kabul aber, die Residenz des afghanischen Emirs, liegt vor dem Kaiberpaß, dem Tore Indiens!" Damit war die erste Konzeption der „Verteidigung am Hindukusch" geboren. Wilhelm II. notierte auf einem Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg vom 30. Juli 1914: „Jetzt muss dieses ganze Getriebe (der englischen Politik) schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Öffentlichkeit schroff abgerissen werden und Pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden!! Und unsere Consuln in Türkei und Indien, Agenten etc. müssen die ganze Mohammed. Welt gegen dieses verhasste, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren. Es müssen Versuche gemacht werden, einen Aufstand in Indien zu entfalten, wenn England als unser Gegner auftritt." Um diese Vorstellungen in die Tat umzusetzen, wurde in einer geheimen Sitzung im Auswärtigen Amt am 12. August 1914 beschlossen, eine Militärexpedition nach Afghanistan zu entsenden, um dort im Sinne Deutschlands das Volk gegen England zu revolutionieren. An-

fang September 1914 reiste die erste Gruppe aus Berlin ab. Sie bestand aus 23 Personen, erfahren durch ihren Militärdienst in deutschen Kolonien in Afrika und durch Handel im Orient. Die Leitung der Expedition wurde dem ehemaligen Dragoman in Bushir in Persien übertragen, der bereits zum Konsul ernannt war. Er führte einen von Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann entworfenen und von Wilhelm II. handgeschriebenen Brief mit sich, der das Ziel verfolgte, Afghanistan auf Seiten Deutschlands in den Ersten Weltkrieg einzubeziehen. Der Brief des deutschen Kaisers endete mit folgenden Worten: „Es war von jeher […] mein Wunsch, die muhammedanischen Nationen unabhängig zu wissen und ihren Staaten möglichst freie Kraftentfaltung zu gewähren. So liegt es Mir nicht nur für den Augenblick am Herzen, den muhammedanischen Völkern in ihrem Kampf um die Selbständigkeit zu helfen, sondern Ich werde sie mit Meiner Kaiserlichen Regierung auch in Zukunft stützen […]. Die heute schon bestehende Interessengemeinschaft zwischen dem deutschen Volke und den Muhammedanern wird auch nach Beendigung des Krieges weiterbestehen bleiben.“ In dieser Zeit hielten sich der indische Revolutionär Maulawi Barakatullah in Berlin und der indische Nationalist Mahendra Pratap in der Schweiz auf. Das Auswärtige Amt und das Kaiserliche Hauptquartier hatten mit beiden Indern Verbindung aufgenommen und erreichten, dass eine zweite Expedition unter Leitung von Werner Otto von Hentig nach Afghanistan geschickt wurde. Es wurde beschlossen, die politische Leitung an v. Hentigs zu übertragen und die militärische an Oberleutnant Oskar von Niedermayers. Die Expedition erreichte Kabul am 30. September 1915 unter großen Verlusten an Menschen und Material, wo ihr zunächst von Seiten des Amirs Habibullah erhebliche Ablehnung entgegengebracht wurde. Erst durch einen Hungerstreik konnte sie den Empfang durch Habibullah in einer Privataudienz durchsetzen. „Schon heute erkannten wir, dass wir es mit einem vorsichtig und genau Vor- und Nachteile abwägenden, raschen Entscheidungen abholden, selbst über kleinste Dinge Kontrolle ausübenden Mann zu tun hatten, der stark unter englischem Einfluss stand und gewiss nicht der Negerhäuptling war, den man mit einigen Glasperlen in wilden, fanatischen Kampf gegen unsere Feinde treiben konnte, wie sich ihn wohl manche Leute in der Heimat vorgestellt haben mochten.“ Die Mission der Expedition bestand in der „Revolutionierung“ Afghanistans gegen Britisch-Indien. Da der Kriegseintritt Afghanistans - das Hauptziel der Afghanistan-Expedition - nicht erreicht werden konnte, verließ die Expedition am 20. Mai 1916 Afghanistan.

Matin Baraki

Teil II & III erscheinen in den nachfolgenden beiden ME-Ausgaben.

Sozial ist was Arbeit schafft? – Beschäftigung in Deutschland

Es gibt kaum einen Tag, an dem sich die etablierte Politik nicht für vermeintlich gute Arbeitsmarktstatistiken feiern lässt. Die dort präsentierten Zahlen scheinen dem alten neoliberalen Credo „Sozial ist was Arbeit schafft" Recht zu geben. Dabei spielt die Qualität der Arbeit keine Rolle. Es ist den Vertretern unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung egal, ob die Arbeit, befristet, unterbezahlt und krank machend ist. Es gilt das Prinzip Hauptsache Arbeit. Denn die Arbeit ist es schließlich, die deren Profite schafft. Dem haben die Gewerkschaften die Forderung nach Guter Arbeit entgegengesetzt. Arbeit von der man in Würde leben kann und gesund die Rente erreicht. Gute Arbeit bedeutet auch Wertschätzung und Respekt und nicht zuletzt Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb. Zwischenzeitlich sprachen auch einige sogenannte Experten aus der Wissenschaft und Politik von „Guter Arbeit". Der DGB hat lieber die wirklichen Experten zum Thema Gute Arbeit befragt: Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Ergebnisse dieser Befragungen waren, dass Arbeitsintensivierung und Leistungsverdichtung ständig zunehmen. 63% der Beschäftigten machten die Erfahrung, dass sie seit Jahren immer mehr in der gleichen Zeit leisten müssen. 27% der Lohnabhängigen müssen sehr häufig oder oft auch außerhalb ihrer Arbeitszeit für betriebliche Belange erreichbar sein. 20% leisten 10 und mehr Überstunden pro Woche und 49% sind innerhalb eines Jahres wiederholt auch dann zur Arbeit gegangen, wenn sie krank waren. Außerdem hat sich ein gigantischer Niedriglohnsektor zum Markenkern des bundesdeutschen Kapitalismus entwickelt. Fast jeder vierte Lohnabhängige ar-

beitet inzwischen hier. Das heißt: In Deutschland müssen 7 Millionen Menschen ihre Arbeitskraft für weniger als 9 Euro pro Stunde verkaufen. Die Befürworter dieser Politik behaupten gerne, Niedriglohn sei ein Einstieg ins Normalarbeitsverhältnis. Schaut man sich die Erwerbsbiographien der Betroffen an, stellt man fest, dass diese These genauso wenig stimmt, wie die zweite Behauptung der Neoliberalen, im Niedriglohnsektor arbeiten mehrheitlich Menschen ohne Berufsausbildung. Tatsächlich haben 80% der Betroffenen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Mit der Zunahme von Niedriglohn und atypischer Beschäftigung gingen gleichzeitig die Normalarbeitsverhältnisse zurück. Dem könnten die Vertreter des Neoliberalismus entgegenhalten, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten Jahren doch zugenommen hat. Allerdings unterscheidet der Begriff sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht zwischen Tarifbindung und Mitbestimmung auf der einen Seite

und unfreiwillige Teilzeit, sachgrundlose Befristung und Leiharbeit auf der anderen. Allein Letztere hat von 326.000 im Jahr 2003 auf über 1 Million zugenommen. Es bleibt dabei, das „deutsche Jobwunder“ war und ist die Verdrängung tarifgebundener und mitbestimmter Normalarbeitsverhältnisse durch prekäre und atypische Beschäftigung.

Ulf Immelt

Ja zu Wohnraum in Marburgs Westen!

Nicht nur in Marburg, aber eben auch in unserer Stadt ist in den letzten 15 Jahren zu beobachten, dass aufgrund von haushälterischen Kosteneinsparungen eine wichtige Aufgabe freiwillig aus der Hand gegeben wurde, nämlich die städtebauliche Planung – die u.a. Wohnungsneubau und Stadtgestaltung zur Aufgabe hat. Gerade dieses große Feld wurde den privaten Investoren, an erster Stelle ist hier Schreyer und Schreyer (S+S Grundbesitz GmbH) zu nennen, überlassen. Diesen geht es nicht um bedarfsorientiertes Wohnen – sondern um ihre eigenen Gewinne. Beispielsweise im Marburger Norden. Dort wurde ein kompletter Stadtteil durch oben erwähnten heimischen Privatinvestor umgestaltet. Der Vermarktungserfolg spielt S+S beträchtliche Erträge in seine Taschen. So wurden die Wohnungen beispielsweise für 415.000 € (4 Zimmer, ~122 m2, entspricht etwa 3.400 € pro m2) oder 315.000 € (3 Zimmer, ~73 m2, entspricht etwa 4.315 € pro m2) angeboten.

Doch endlich scheint ein Umdenken auch in Marburg stattzufinden. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau (Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH), wird beauftragt, neuen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Stadt hat in den zurückliegenden fünf Jahren eigene und externe Studien in Auftrag gegeben, den Wohnraumbedarf zu ermitteln. Die Analyse erklärte im geförderten Wohnungsbau 800 Wohneinheiten als notwendig. Laut Regionalrahmenplan Mittelhessen sind für Marburg zwei potenzielle Entwicklungsgebiete vorgegeben, einmal der Hasenkopf, in Ockershausen/ Stadtwald gelegen, und der Rotenberg, zur Marbach zählend.

Bei einer ersten städtischen Auftaktveranstaltung im Rahmen der Bürgerbeteiligung wurde schnell deutlich, dass vor allem die Marbacher/innen gegen eine Bebauung mobil machen. Es werden „sozialen Wohnklötze“ befürchtet. Als weiterer Einwand gegen eine Bebauung wird die Gefahr eines Verkehrskollapses angeführt.

Anstatt eine Verhinderungspolitik zu betreiben, sollte die Chance

genutzt werden, bei Erschließung eines neuen Wohngebietes mit Anreizen zu werben, wie attraktivem ÖPNV, Carsharing, Park und Ride Parkplätzen und Jobtickets für die vielen Beschäftigten der in Marbach zahlreichen Behring-Nachfolgefirmen.

Der Stadtteil Marbach in Marburg ist geprägt durch Einfamilienhäuser. Jetzt bietet sich die Chance der Quartiersdurchmischung, indem endlich einmal nicht nur in den immer gleichen Stadtteilen öffentlich geförderter Wohnraum entsteht. Meines Erachtens nach bietet sich dieses Wohngebiet an, gerade im Bereich geförderten Wohnraum attraktive Wohnformen, welche sich ebenfalls ins Stadtbild einschmiegen, zu schaffen. Gemeinsam mit der guten Marbacher Nachbarschaft, der gewachsenen Infrastruktur und der GeWoBau kann hier Nachhaltiges erreicht werden.

Gewiss entsteht bei einer Erweiterung des Quartiers auch die Notwendigkeit, neue Ruheoasen in der Natur und Begegnungsstätten zu schaffen.

Eine schlechte Lösung wäre es, wenn die bisherige Polarisierung fortgesetzt würde: hier Ein- und Zweifamilienhäuser am Rotenberg, dort sozialer Wohnungsbau am Hasenkopf. Erschließung in Marbach sollte nicht zur Spekulation auf private Gewinnerzielung angesichts niedriger Zinsen führen!

Die Universitätsstadt Marburg belegt bei den Mietpreisen einen Spitzenplatz in Hessen. Anstatt, wie in der Vergangenheit geschehen, Privatinvestoren den roten Teppich auszurollen und städtisches Land an selbige zu verkaufen, sollte die Stadt endlich wieder eigenen Boden erwerben, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. – Sie braucht es!

Tanja Bauder-Wöhr

Unsere Genossin Tanja von der DKP Marburg sitzt für die Liste ‚Marburger Linke' in der Stadtverordnetenversammlung.

"Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen! – ein Buchprojekt der SDAJ

200 Jahre Marx scheinen für viele Grund genug sich über die Aktualität des marxschen Denkens den Kopf zu zerbrechen. Zeitgleich mit Marx haben auch wir, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, unseren 50. Geburtstag gefeiert. Wir haben beide Anlässe aufgegriffen und uns selbst beschenkt, mit dem Sammelband „Eine Welt zu gewinnen – Marx, der Kapitalismus von heute und was wir tun können". Das Buch soll insbesondere jungen Leuten helfen die Welt zu begreifen und zu verändern. Dafür wird sich mit Leben und Erkenntnissen von Karl Marx, einer marxistischen Interpretation der Widersprüche unserer Zeit sowie Klassenkämpfen des 20. Jahrhunderts befasst.

Das einführende Kapitel behandelt die Entwicklung des Dialektischen und Historischen Materialismus, die Analyse der Grundstruktur der kapitalistischen Produktionsweise, den Kampf für den Sozialismus vom Bund der Gerechten bis zur Pariser Kommune. Das zweite Kapitel befasst sich mit den grundlegenden Widersprüchen und Problemfeldern unserer heutigen Gesellschaft und diskutiert mögliche Lösungen. Es beschäftigt sich mit prekären Arbeitsbedingungen der Jugend, fehlender Bildungsgerechtigkeit, der fortwährenden Frauenunterdrückung, der ökologischen Krise, Fluchtbewegungen der letzten Jahre, der Ursache von Kriegen, internationalen Abhängigkeiten und der Rolle Deutschlands sowie mit der Weltwirtschaftskrise ab 2007. Das dritte Kapitel beginnt mit der russischen Oktober- und der deutschen Novemberrevolution und beleuchtet die Debatten um eine antifaschistische Strategie vor 1933. Weitere Themen sind die unterschiedlichen Entwicklungen in DDR und BRD sowie die Protestbewegung von 1968 und die Frage, ob mit dem Ende des Sozialismus nach sowjetischem Modell nun auch das Ende der Geschichte gekommen sei.

PapyRossa-Verlag | 10,00 €
ISBN 978-3-89438-674-0

SDAJ Marburg

Buchempfehlung: "Unruhe um einen Friedfertigen" von Oskar Maria Graf

Wer nach einem Schriftsteller sucht, der als Zeitzeuge über die Münchener Räterepublik schrieb und sich selbst bei der Schilderung seiner damaligen Rolle nicht schonte, ist bei Oskar Maria Graf richtig: „Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis"

Hier soll es aber um ein anderes Buch gehen, den Roman „Unruhe um einen Friedfertigen". Der Roman spielt in der bayerischen Provinz zur Zeit des aufkommenden Faschismus.

Der Schuster Julius Kraus lebt zunächst beschaulich in Auffing, in Oberbayern, nachdem seine Familie in Odessa Opfer eines Pogromes geworden war. Er beobachtet als „Unbeteiligter" die Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Linken, die oft genug in Wirtshausschlägereien und Schlimmerem enden. Für Kraus ist das alles „A-Bopa", soll soviel heißen wie etwa Politikquatsch, mit dem man besser nichts zu tun hat. Diese Figur des Dorfschusters, der sich naiv stellt, benutzt Graf, um zu schildern, wie es den Nazi-Faschisten möglich ist, die Oberhand zu gewinnen: Die meisten Dorfbewohner bleiben mehr oder weniger passiv, halten sich raus, sogut es geht, bleiben politisch betrachtet vereinzelt. Meistens wird der aufkommende deutsche Faschismus anhand von Vorkommnissen in den Metropolen geschildert. Graf aber wählt die Provinz, die „Heimat". Er zeigt, wie „Heimat", als Begriff allenthalben von den Nazis propagandistisch ins Feld geführt, gründlich zerstört wird. Wie für den friedfertigen Schuster Kraus die Sache endet, wird nicht verraten...

Christian Mark

Marburger Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Marburg

Was?	Wann?	Wo?
Antikriegstag	01.09.2018 15:00-18:00	Luthersche Pfarrkirche
20. UZ-Pressefest - Fest des Friedens und der Solidarität	07.09.2018-09.09.2018	Dortmund, Revierpark Wischlingen
DGB-Konferenz: Wege aus der Wohnraum-Krise	04.09.2018 9:30-16:30	Haus am Dom, Domplatz 3, 60311 Frankfurt a.M.

Impressum

info@dkp-marburg.de

www.facebook.com/dkp.Marburg/

www.dkp-hessen.de

www.dkp-online.de